



22.01.2023

Außenministern Analena Baerbock

Aufruf zum Handeln: Listung der islamischen Revolutionsgarde als Terroristen

Die iranische Diaspora ist eine Nation, die für Freiheit und Demokratie und gegen eine theokratische Diktatur im Iran kämpft. Wir sind dem Europäischen Parlament für seine Abstimmung dankbar, die gesamte Islamische Revolutionsgarde (Islamic Revolutionary Guard Corps – IRGC) auf die Terrorliste der 27 EU-Nationen zu setzen.

Wir fordern nun die EU-Außenminister auf, im Interesse der Menschlichkeit, der Freiheit und des Weltfriedens die IRGC auf die Liste der terroristischen Organisationen zu setzen. Die IRGC und ihre paramilitärischen Kräfte, die Basij, sind direkt verantwortlich für die brutale und rechtswidrige Unterdrückung und Niederschlagung der Proteste im Iran, die zu über 700 Todesopfer, darunter über 70 Minderjährige.

Schätzungsweise befinden sich derzeit 20.000 bis 25.000 Demonstranten in Haft, wo Folter, sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen auf der Tagesordnung stehen und wir alle weltweit von diesen Geschehnissen erfahren haben. Das Durchschnittsalter der gefangenen Demonstranten liegt bei nur 17 Jahren.

Die IRGC hat im Nahen Osten zahlreiche terroristische Organisationen und Stellvertreter gegründet. Die IRGC bildet diese Gruppen aus und finanziert sie. Die IRGC war auch an den Konflikten in Syrien und Jemen beteiligt. Die Lieferung von

ballistischen Raketen und Drohnen an Russland, die in der Ukraine viel Verwüstung und den Verlust von Menschenleben verursacht haben, darf bei Ihrer Entscheidungsfindung nicht außer Acht gelassen werden.

Die Islamische Republik hat auf das Votum des Europäischen Parlaments mit dem einzigen Mittel reagiert, das sie kennt: Drohungen. Der Generalmajor des IRGC, Hossein Salami, hat bereits gewarnt: "Wenn Europa einen Fehler macht, muss es die Konsequenzen tragen". Der iranische Außenminister erklärte Herrn Borrell, die IRGC sei eine "Institution, die Sicherheit schafft". Diese Behauptung ist schlichtweg unsinnig. Die Islamische Republik hat nun mit der Drohung geantwortet, dass Teheran die europäischen Streitkräfte auf die Liste der terroristischen Organisationen setzen wird.

Eine Minderheit der internationalen Medien hat auch Bedenken geäußert, dass ein Verbot der IRGC zu einem sicheren Scheitern der Atomgespräche führen wird.

Der wiederbelebte gemeinsame umfassende Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPoA) ist gescheitert, weil die Islamische Republik selbst Vorbedingungen stellte, die nicht erfüllt werden konnten. Der britische Vertreter bei den Vereinten Nationen hatte erklärt, die Islamische Republik verfüge über das Achtzehnfache der im Rahmen des JCPoA zulässigen Höchstmenge an angereichertem Uran. Es ist mehr als deutlich, dass die Islamische Republik nicht an einem neuen Abkommen interessiert ist.

Die EU darf nicht zulassen, dass die großspurige Rhetorik Teherans die Abstimmung der Außenminister beeinflusst. Die IRGC nicht auf die Liste der terroristischen Organisationen zu setzen gleicht einer Beschwichtigungspolitik, die weiterhin die Tore für eine skrupellose und barbarische theokratische Diktatur öffnet.

Ein wiederbelebtes JCPoA oder irgendeine andere Form eines Atomabkommens wird Teherans unerbittliches Streben nach Nukleartechnologie nicht aufhalten; eine Technologie, die den Nahen Osten destabilisiert, die Verbreitung von Atomwaffen in einer instabilen Region verursacht und den Weltfrieden unwiderruflich bedroht und es Teheran ermöglicht, die Europäische Union zu erpressen.

Wir fordern alle EU-Außenminister auf, einstimmig für das Verbot der IRGC zu stimmen.

Stimmen Sie für Freiheit, Gleichheit und Weltfrieden.

Mit freundlichen Grüßen

Die Assoziation für Menschenrechte im Iran und ihre Verbündeten